

ANTRAG

der Fraktion der BMV

Verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern im Grenzraum intensivieren

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. verstärkt verdachtsunabhängige Kontrollen gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen.
2. bis zum 30. September 2018 mindestens drei Einsätze verdachtsunabhängiger Kontrollen an der Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen durchzuführen, die jeweils alle Grenzübergänge umfassen.
3. den Innen- und Europaausschuss des Landtages im Oktober 2018 über die Ergebnisse der Einsätze zu unterrichten.

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Gemäß § 27a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern ist die Polizei befugt, verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen. Ziel ist es, Straftaten von erheblicher Bedeutung, grenzüberschreitender Kriminalität und unerlaubtem Aufenthalt vorzubeugen.

Verdachtsunabhängige Kontrollen finden in Mecklenburg-Vorpommern bereits statt (Drucksache 7/989). Allerdings wird im Allgemeinen in Mecklenburg-Vorpommern keine Statistik dazu geführt (ebenda). Demnach liegt für die Öffentlichkeit auch keine Auswertung über die Regelmäßigkeit und über die Erfolge derartiger Kontrollen in Mecklenburg-Vorpommern vor. Im September 2017 teilte die Landesregierung mit, dass verdachtsunabhängige Kontrollen abhängig von der Entwicklung der Lage durchgeführt werden (Drucksache 7/989).

Mecklenburg-Vorpommern ist von unerlaubten Einreisen und grenzüberschreitender Kriminalität betroffen. Im Jahr 2017 hat die Bundespolizei 134 illegale Einreiseversuche an der Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen registriert (Quelle: Nordkurier vom 8. März 2018). Die grenzübergreifenden deutsch-polnischen Streifen der Bundespolizei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Dienststelle Pomellen nehmen regelmäßig gesuchte Straftäter oder Migranten, die sich ohne Genehmigung in einem der beiden Länder aufhalten, fest (Quelle: Nordkurier vom 23. November 2017). Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landkreises Vorpommern-Greifswald für des Jahr 2017 verzeichnet erneut in der Gemeinde Heringsdorf, welche an der Grenze zu Polen liegt, die höchsten Häufigkeitszahlen von Kriminalität. Gleichzeitig ist in dieser Gemeinde die Aufklärungsquote im Kreisvergleich am niedrigsten. Laut der Statistik waren im Landkreis Vorpommern-Greifswald 37 % der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Berichtszeitraum polnisch.

Im Oktober 2017 fand erstmals entlang der deutsch-polnischen Grenze eine europaweit abgestimmte dreitägige Kontrolle statt, an der auch Landespolizisten mitwirkten (Quelle: Nordkurier vom 13. Oktober 2017). Im Bereich des Polizeipräsidiums Neubrandenburg erzielten die Beamten 21 Fahndungserfolge (ebenda). Sie stellten ebenfalls zahlreiche Diebstahls- und Betrugsdelikte und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und Waffengesetz fest (ebenda).

In Anbetracht der anhaltenden illegalen Einwanderung und der grenzüberschreitenden Kriminalität bestehen sachgerechte Anlässe für verstärkte verdachtsunabhängige Kontrollen. Mehr Polizeipräsenz im Grenzraum und stichprobenartige Kontrollen können Illegale und Kriminelle abschrecken und die Sicherheit erhöhen. Diese Maßnahmen sind auch Prävention.

Mindestens drei Kontrolleinsätze entlang der gesamten Grenze Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen bis zum 30. September 2018 sollen durchgeführt werden. Die durchgeführten Einsätze sind detailliert zu dokumentieren und zu analysieren (Kontrollpunkte, Personaleinsatz, Anzahl kontrollierter Fahrzeuge und Personen, Ergebnisse der Kontrollen mit Aufschlüsselung nach Straftatbeständen). Der Innen- und Europaausschuss ist darüber zu unterrichten.